



Zügig: Die Abgeordneten haben gestern 27 Traktanden erledigt.

## 19 Kleine Anfragen

**VADUZ.** In ihrer Sitzung vom 31. August haben die Landtagsabgeordneten folgende Kleine Anfragen gestellt:

### Patrick Risch (stv. FL)

- Doppelte Staatsbürgerschaft
- Zollamt Schaanwald-Tisis
- Entwicklungskonzept Liechtensteiner Unterland
- Neophyten-Bekämpfung

### Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller

- Strafmass bei sexuellem Missbrauch von Unmündigen

### Wendelin Lampert (FBP)

- Wirtschaftlichkeitsverfahren im Gesundheitswesen
- Taxpunktwert in Liechtenstein

### Herbert Elkuch (DU)

- Unfallversicherung
- Verordnungskompetenz der Regierung

### Helen Konzett Bargetze (FL)

- Verlagerung Zollabfertigung von Buchs nach Schaanwald

### Judith Oehri (VU)

- Türkei

### Johannes Kaiser (FBP)

- Verkehrsstudie «Entwicklungskonzept Unterland»

### Manfred Kaufmann (stv. VU)

- Strengere Governance-Vorschriften für öffentliche Unternehmen

### Frank Konrad (VU)

- Bau eines Dienstleistungszentrums der Landesverwaltung in Vaduz

### Harry Quaderer (DU)

- Gefahrgut

### Peter Büchel (VU)

- Aussenminister der deutschsprachigen Länder zu Besuch in Liechtenstein

### Alois Beck (FBP)

- Verschärfung des Sexualstrafrechts

### Thomas Lageder (FL)

- Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen
- Veröffentlichung von Gerichtsurteilen

# Keine Chance für Volksinitiative

Die Pro- und Kontra-Argumente waren zahlreich, auch wenn die Abgeordneten beider Lager aufgrund der offenen Formulierung der Initiative im Trüben fischten. Die Ängste vor erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien überwogen.

MICHAEL WINKLER

**VADUZ.** Eine breite Mehrheit von 21 Stimmen von VU, FBP und DU verhinderten eine weitere Behandlung der von 1561 Bürgern unterschriebenen Initiative für erwerbsabhängige Krankenkassenprämien durch die Regierung bzw. das Volk. Einzig die drei Abgeordneten der Freien Liste und Wendelin Lampert von der FBP stimmten für eine Überweisung an die Regierung. Auch beim Antrag auf Volksabstimmung waren die vier Abgeordneten allein auf weiter Flur.

### «Bankervater» profitiert nicht

Begonnen hatte die Diskussion über die Einführung von erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien mit dem provokanten Statement von Thomas Lageder (FL). Er betonte, dass die Initiative eine Chance sei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu optimieren. Dies hätten sich jetzt alle Parteien vor dem Wahlkampf auf die Fahnen geschrieben. «Von dieser Initiative würden vor allem Familien mit geringem Erwerb profitieren», erklärte Lageder. Davon profitiere zwar nicht der alleinverdienende «Bankervater», weil der sich die Krankenkassenprämien ja ohnehin leisten könne, «aber der Angestellte mit geringem Einkommen».

### VU: Nebenwirkungen zu gross

«Die Fraktion der Vaterländischen Union hat die Initiative der Freien Liste eingehend geprüft und kommt zum Schluss, dass die Nachteile eindeutig überwiegen und die Initiative deshalb abzulehnen ist», brachte es Fraktionssprecher Christoph Wenaweser auf den Punkt. Die VU lege zwar grossen Wert auf den Solidaritätsgedanken und einen sozialen Lastenausgleich. «Auf den zweiten Blick



Wendelin Lampert (FBP) war der einzige Fürsprecher der Initiative ausserhalb der Freien Liste.

entstehen bei einem derart gravierenden Systemumbau jedoch zahlreiche Nebenwirkungen und es stellen sich schon heute viele Fragen, deren Beantwortung es aufgrund des mit der Einführung von erwerbsabhängigen Prämien verbundenen Systemumbaus zuerst einer vertieften Analyse der Wechselwirkungen bedarf», erklärte Wenaweser.

### Verschiedene Rechenbeispiele

Die VU störte sich vor allem an der Tatsache, dass in der Begründung der Initiative behauptet wird, dass die Krankenkassenprämien einen steuerlichen Charakter hätten. «Danach sind künftig also auch die Autohaftpflicht, die Berufsunfallversicherung, die Pensionskasse und weitere obligatorische Versicherungen keine Versicherungen mehr, sondern Steuern.»

Das waren aber weitaus nicht die einzigen Kritikpunkte, welche

die Regierungsparteien sowie die Unabhängigen ins Feld führten. Auch bei den verschiedenen Berechnungen kamen einige Abgeordnete zum Schluss, dass die von den Initianten kolportierten 4 Prozent des Erwerbs nicht ausreichen würden, um die Kosten der Krankenkassenprämien zu tragen. So kam beispielsweise auch Wendelin Lampert bei seinen Berechnungen – die Freie Liste habe bei ihren Kalkulationen einige Komponenten ausser Acht gelassen – auf 5,2 Prozent. Herbert Elkuch (DU) prophezeigte gar 14,6 Prozent, wie es in Deutschland der Fall sei. Dennoch solle man die Initiative annehmen, erklärte Lampert. «Am Ende können wir die Gesetze so gestalten, wie wir sie wollen.» Schliesslich sei man als Landtagsabgeordneter dazu gewählt worden, um Lösungen zu erarbeiten.

Diese verschiedenen Zahlen zeigten eindeutig, dass die Abgeordneten mit der offenen For-

mulierung dieser Initiative überfordert waren bzw. die Ängste vor dem Unbekannten überwogen. «Das Volk soll nicht vor eine Entscheidung gestellt werden, die unabsehbare Konsequenzen nach sich zieht», erklärte dazu Harry Quaderer (DU). Ausserdem sei es fadenscheinig, wenn die Freie Liste nun das Volk bemühen wolle, wobei sie andererseits die vom Volk beschlossene KVG-Reform nun mit diesem Vorstoss auszuhöhlen gedenke.

### «Ärztgilde» würde profitieren

Der DU-Chef betonte ausserdem den Datenschutzgedanken: Die Krankenkassen müssten demnach bei der Errechnung der Prämien über die Steuerdaten der Versicherten verfügen. «Dafür sind wir nicht zu haben.» Im Gesundheitswesen solle man besser bei den Leistungserbringern ansetzen, um die Kosten nicht explodieren zu lassen. «Denn die Ärztegilde macht

genau das, was die Freie Liste bemängelt. Doch das stört die Freie Liste nicht», empörte sich Quaderer.

### Aushebelung der KVG-Reform

In einem erneuten Statement hielt Lageder die Kritikpunkte für unbegründet. Vor allem den Anstieg der Kosten sehe er nicht. «Die Prämien sind im Jahr immer gleich hoch – wo soll man hier Anreize zum Sparen beseitigen, wo keine bestehen?», fragte der Initiativ-Befürworter. Die Anreiz-Komponente befinde sich schliesslich in der Franchise und diese werde von dieser Initiative nicht tangiert. Er trat auch entschieden dem Vorwurf entgegen, dass mit diesem Vorstoss die KVG-Reform ausgehebelt werden soll. «Die Reform kann auch mit erwerbsabhängigen Prämien stattfinden.»

30 Prozent der Krankenkassen-Kosten übernehme der Staat und diese seien durch verschiedene steuerliche Instrumente bereits erwerbsabhängig. «Warum baut man diesen Anteil nicht einfach aus?» Die Senkung des Staatsbeitrags habe jedenfalls nicht dazu geführt, dass die Kosten im Gesundheitswesen gesunken seien, bemängelte Lageder das bestehende System. «Der Umstieg auf Prozentzahlen sind nur für Reiche und Vielverdiener gefährlich.» Ausserdem gebe es sehr wohl Versicherungen, bei denen die Beiträge lohnabhängig erhoben werden. «Bei der AHV diskutiert ja auch niemand über die Prozentzahlen.»

Am Ende kam es nicht unerwartet, dass der Landtag die Initiative weder an die Regierung noch an das Volk überwies. So wird die erwerbsabhängige Krankenkassenprämie auch für längere Zeit Geschichte sein. Wie in der Schweiz, wo sie zweimal vom Volk verworfen wurde – und zwar haushoch.

## «Die Versicherten sind bei einer neuen Wahrheit angelangt»

DESIRÉE VOGT

**VADUZ.** Die Nachfolgeorganisation der früheren Pensionskasse für das Staatspersonal hat ein schweres Erbe übernommen. Doch die Stiftung Personalvorsorge macht sich trotz eines ereignisreichen Jahres und turbulenten Umständen ganz gut, wie die Landtagsabgeordneten befinden. Sie haben gestern den

Geschäftsbericht der Stiftung zur Kenntnis genommen und die Arbeit des Stiftungsrats gewürdigt.

### Pflichtbewusst und professionell

«Der Patient hat die Intensivstation verlassen, muss aber unverändert in der Rehaklinik bleiben», brachte es der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler auf den Punkt. Nach wie vor ist die Stiftung nämlich die einzige Pensi-

onskasse mit einer Unterdeckung in Liechtenstein. Und die vom Stiftungsrat unausweichlich gefällten Entscheidungen tun den Versicherten weh. «Es mag im Augenblick noch als schwacher Trost anmuten, doch sind die Versicherten der Stiftung Personalvorsorge mit ihrem heutigen Rentenentwicklungssätzen bei einer neuen Wahrheit ange-

langt, die über kurz oder lang sämtliche Versicherten aller Pensionskassen einholen wird», ist VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser überzeugt.

Der Stiftungsrat gehe mit den von ihm nicht zu verantwortenden Realitäten sehr pflichtbewusst und professionell um. «Er hat sämtliche technischen Parameter konservativ und nach Massgabe grösstmöglicher Vor-

sicht ausgestaltet.» Über den Berg sei die Stiftung auch nach anderthalb Jahren ihres Bestehens als Nachfolgerin der als Mahnmal jahrelangen politischen Generalversagens in Erinnerung bleibenden Pensionskasse für das Staatspersonal noch nicht. «Doch der Stiftungsrat unternimmt alles, damit die Risiken des Kletterns ohne Seil möglichst klein gehalten werden.»



### Schnitzeljagd

«Man soll am Tag nicht mehr als ein Schnitzel essen. Die Initiative soll dafür sorgen, dass möglichst viele ein Schnitzel bekommen.» Thomas Lageder machte vor der Mittagspause bei der Diskussion über erwerbsabhängige Krankenkassenprämien Münder wässrig.



### Professionell

«Die Stiftung unternimmt alles, damit die Risiken des Kletterns ohne Seil möglichst klein gehalten werden», lobte VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser die Nachfolgeorganisation der früheren Pensionskasse für das Staatspersonal.



### Im grossen Stil

Herbert Elkuch von den Unabhängigen monierte: «In diesem Land findet bereits eine Umverteilung von oben nach unten im grossen Stil statt.» Deshalb gab er der Initiative für erwerbsabhängige Krankenkassenprämien einen Korb, weil Reiche schon zu stark belastet seien.



### Unverändert

Der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler weiss zwar, dass «der Patient, die Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein, die Intensivstation verlassen hat, aber unverändert in der Rehaklinik verbleiben muss». Sie sei noch nicht wieder ganz gesund.



### Kuchenparabel

«Der Kosten-Kuchen wird immer grösser», erklärte Alois Beck von der FBP die finanzielle Beschaffenheit auf dem Gesundheitsplatz und beweist abermals, dass Landtagsabgeordnete vor der Mittagspause gerne mit Essens-Metaphern punkten.